



**Jüdische Stimme für Demokratie und
Gerechtigkeit in Israel/Palästina**

Ein Jahr nach dem 7. Oktober:

Israels mörderische Kriegsantwort hat in die Katastrophe geführt

Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilist:innen vor einem Jahr war unsäglich und barbarisch: etwa 1'200 Menschen wurden ermordet, über 200 entführt, viele befinden sich noch in der Gewalt der Hamas in Gaza, wenige konnten befreit werden, einige sind bei einem Gefangenenaustausch freigekommen, viele sind in Gefangenschaft gestorben. Was diese Menschen in Geiselhaft durchleben, ist fürchterlich, die Überlebenden und ihre Angehörigen werden für immer von dieser Erfahrung gezeichnet sein.

Unsäglich und barbarisch ist auch die israelische Antwort. Gaza wird dem Erdboden gleichgemacht, etwa 40'000 Menschen wurden bisher bei den israelischen Angriffen getötet, annähernd 100'000 verletzt, mehrheitlich Zivilist:innen, darunter viele Kinder. Israel macht das Recht auf Selbstverteidigung geltend – dieser Krieg hat aber nichts mehr mit Selbstverteidigung zu tun, es geht um Rache.

Es kommt noch schlimmer: Seit Tagen bombardiert Israel Ziele der Hizbullah in Libanon, Hunderte sind ums Leben gekommen, Tausende verwundet, viele Menschen befinden sich wieder auf der Flucht. Hinter der Hizbullah steht Iran, hinter Israel stehen die USA - der Flächenbrand, der befürchtet wurde, scheint entfacht. Die Hizbullah begründet ihren bereits seit Monaten andauernden Krieg gegen Israels Norden mit der Forderung nach einem Waffenstillstand in Gaza. Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung, die Antwort kann jedoch nicht im Krieg gegen Libanons Bevölkerung liegen.

Der offenbar von langer Hand geplante Angriff gegen die Hizbullah, bei welchem Pager und Kommunikationsgeräte vermint und gezielt zur Explosion gebracht wurden spricht von Hochmut und Chauvinismus: Uns ist alles erlaubt, der «Kollateralschaden» unter den Toten und Verwundeten gehört dazu. Israels Politik – nicht nur gegen Gaza, auch die Pogrome, die Übergriffe, die gezielten Tötungen, die Vertreibungen in der

Westbank, die in den letzten Monaten Dutzende Tote gefordert haben – führt in die Katastrophe.

Am 7. Oktober 2023 hat Israel die eigene Bevölkerung nicht geschützt, auf der Agenda der rechtsnationalistischen Regierung stand vor allem die Unterstützung und der Schutz der Siedler in den besetzten Gebieten. Bisher hat die Regierung eine umfassende Untersuchung dieser Misstände verweigert. Der Zionismus und die Staatsgründung wurden und werden immer damit begründet, dass es – nach Jahrhunderten des Antijudaismus, des Antisemitismus, der Pogrome und dem Holocaust – einen sicheren Ort, einen sicheren Staat für jüdische Menschen braucht. Die Erfahrung, auch in Israel nicht sicher und geschützt zu sein, ist traumatisierend. Diese Ängste wurden aber seit Jahrzehnten von allen Regierungen für ihre Politik der Besetzung instrumentalisiert.

Israels Rache, die Haltung, dass der Krieg gegen Gaza erst vorbei ist, wenn die Hamas besiegt ist, wenn alle Geiseln befreit sind, birgt keine Lösung. Die Hamas in den Köpfen lässt sich nicht mit einem weiteren mörderischen Krieg besiegen. Für den grundlegenden Konflikt zwischen den beiden Nationen, der israelischen und der palästinensischen, kann es nur eine politische Lösung geben. Es gibt uns Hoffnung, dass gemischte Organisationen wie Standing Together, Combatants for Peace, Givat-Haviva, Wahat- al-salam/Neve Shalom, Parents Circle und andere, trotz allen Widrigkeiten und Re-Traumatisierungen auf allen Seiten ihre wertvolle Brückenarbeit auf Augenhöhe weiterführen.

Die UNO-Generalversammlung hat die Schweiz aufgefordert, in den kommenden zwölf Monaten eine Konferenz zum Schutze der Zivilbevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten durchzuführen. Als JVJP begrüßen wir eine solche Konferenz, die vielleicht etwas bewirken kann. Fordern aber in erster Linie, dass die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen heute schon alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um einen Waffenstillstand zu ermöglichen. Damit ein gerechter und dauerhafter Frieden in Israel/Palästina möglich wird.

Zürich, Oktober 2024

Website und Kontakt: www.jvjp.ch; info@jvjp.ch